

Kernforderungen die nächste Legislaturperiode

1. Industrielle Wertschöpfung in Deutschland halten, fördern und stärken – aktive Industriepolitik umsetzen und Energiepreise senken

Die industrielle Wertschöpfung, insbesondere der energieintensiven Industrie in Deutschland steht im intensiven internationalen Wettbewerb. In vielen anderen (u.a. EU-)Ländern sind die Energiepreise für die Grundstoffindustrien deutlich niedriger. Die hohen Energiepreise in Deutschland stellen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar.

Die nächste Bundesregierung sollte eine deutlich aktivere Industriepolitik umsetzen und die Grundstoffindustrie umfassend unterstützen.

Hierfür gilt es:

- den auf EU-Ebene angestoßenen Industrial Deal konsequent in Deutschland weiterzuführen;
- die deutsche Grundstoffindustrie als wichtigen Pfeiler für die industriellen Wertschöpfungsketten zu fördern. Es darf keine zwei-Klassen-Gesellschaft in der deutschen Industrie etabliert werden (z.B. „Klimaschutztechnologien vs. Grundstoffe“);
- die Energiekosten deutlich zu senken, v.a. die Nebenbestandteile des Strompreises, wie die Netzentgelte. Die Netzentgelte müssen gedeckelt werden – auch für Branchen, die keine Lastreduzierung in der Produktion umsetzen können (Flexibilisierung).
- die Stromnetze beschleunigt auszubauen, so dass für die energieintensive Industrie dauerhaft eine hohe Verfügbarkeit von Grünstrom zu international wettbewerbsfähigen Preisen garantiert ist;
- Die Strompreiskompensation auf weitere Branchen (u.a. Teile der chemischen Industrie) ausweiten.
- Weitere finanzielle und regulatorische Entlastungstatbestände für die (noch) in Deutschland ansässige Industrie zu identifizieren und echte Entlastungen auf den Weg zu bringen.
- Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß dauerhaft zu verankern.

2. Heimische Rohstoffförderung ermöglichen – Deutschland unabhängiger von Rohstoffimporten machen

Deutschland agiert derzeit noch immer ohne eine mit den sicherheits- und geopolitischen Erfordernissen abgestimmte und mit den Erfordernissen der Kreislaufwirtschaft harmonisierte Rohstoffstrategie. Die heimische Rohstoffgewinnung wurde in der laufenden Legislatur weder modernisiert noch beschleunigt, sondern steht im harten, internationalen Wettbewerb mit Rohstoffproduzenten, die unter deutlich besseren bzw. wirtschaftlicheren Bedingungen Rohstoffe gewinnen. Erfolgt kein rohstoffpolitischer Kurswechsel hin zur gezielten Unterstützung der heimischen Rohstoffgewinnung, dann droht sich Deutschland in Bezug auf seine Rohstoffverfügbarkeiten in immer stärkere Abhängigkeiten von anderen Ländern zu begeben.

Die nächste Bundesregierung muss eine grundlegend neue Rohstoffstrategie erarbeiten so umsetzen, dass sie den jüngsten geopolitischen Entwicklungen Rechnung trägt.

Hierfür gilt es:

- Die heimische Gewinnung von metallischen und mineralischen Rohstoffen zum Kernelement der deutschen Rohstoffpolitik zu machen und um eine starke Kreislaufwirtschaft sowie eine Importstrategie für verschiedene Rohstoffe zu ergänzen. Dies sichert die Versorgungssicherheit der deutschen Industrie ab, stärkt die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft, verkürzt die Lieferketten und macht Deutschland unabhängiger von Rohstoffimporten aus dem Ausland bzw. autokratischen Systemen.
- Die Gewinnung heimischer Rohstoffe regulatorisch wieder so zu beschleunigen, dass die Rohstoffgewinnung in Deutschland für essentielle Grundrohstoffe wirtschaftlich bleibt.

3. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen – auch im Verwaltungsvollzug

Effektive, verlässliche und planbare sowie zügige Planungs- und Genehmigungsverfahren sind international schon lange ein Standortfaktor. Die aktuelle Situation in Deutschland schreckt Investoren ab – insbesondere im Bereich der Rohstoffgewinnung sind die Genehmigungsverfahren extrem langwierig, komplex und bieten keinerlei Grundlage für sichere Investitionsentscheidungen.

Die nächste Bundesregierung muss die Planungs- und Genehmigungsverfahren für industrielle Anlagen und betriebliche Prozesse massiv beschleunigen und so Deutschland wieder zu einem attraktiven Investitionsstandort – auch für rohstoffgewinnende Unternehmen – machen.

Hierfür gilt es:

- Den Bund-Länder-Pakt mit Hochdruck umzusetzen und auszuweiten. In allen Rechtsbereichen müssen im Dialog mit den Unternehmen Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren identifiziert werden – insbesondere auch im Verwaltungsverfahrensgesetz.
- Ziel muss „better regulation“ auf allen Ebenen, eine signifikante Verschlinkung von Antragsverfahren und eine deutliche Reduzierung von Meldeprozessen sein.
- Eine neue Bundesregierung muss eine kontinuierliche Abfolge von Bürokratieentlastungsgesetzen aufsetzen und in den entsprechenden BEG-Prozessen auch spezifische Industrie-Calls implementieren.

4. Transformation hin zur klimaneutralen industriellen Produktion aktiv fördern

Bislang wird die deutsche energieintensive Grundstoffindustrie mit Blick auf Förderprogramme nicht angemessen berücksichtigt. Dadurch bleiben immense Potenziale industrieller Zukunfts-Produktion in Deutschland ungenutzt. Denn: Die gesamte Grundrohstoffindustrie hat sich auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht, investiert bereits in die Transformation und sichert so langfristig die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im Land.

Die nächste Bundesregierung muss die Transformation der energieintensiven Grundstoffindustrien in Deutschland hin zur klimaneutralen Produktion aktiv und zielgerichtet fördern.

Hierfür gilt es:

- Alle EU-beihilferechtlich erlaubten Förderinstrumente in Deutschland so umfassend wie möglich zu nutzen und sich keine Selbstbeschränkungen aufzuerlegen.
- Sich auf EU-Ebene für eine Verlängerung des Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) einzusetzen, um die Grundlage zu schaffen, die deutsche Grundstoffindustrie in der Transformation gezielt zu fördern.

5. Wasserstoff-Speicher-Strategie

Derzeit laufen die Planungen für den Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes. Hierbei wurden die künftig notwendigen Speicherkapazitäten nicht ausreichend berücksichtigt.

Die nächste Bundesregierung muss die Herausforderungen beim Aufbau ausreichender Speicherkapazitäten für Wasserstoff in den Blick nehmen und im Zuge des Aufbaus des Wasserstoffkernnetzes dafür sorgen, passende Rahmenbedingungen für die Errichtung einer Wasserstoffspeicherinfrastruktur zu etablieren.

Hierfür gilt es:

- Die Bedarfe an Wasserstoffspeichern bis 2030 und 2050 konkret festzulegen und diese in den Ausbauplan für das Wasserstoffkernnetz zu integrieren.
- Die regulatorischen Voraussetzungen für eine schnelle Errichtung von Wasserstoffspeichern zu schaffen.
- Konkrete Mechanismen zur Finanzierung des Aufbaus von Wasserstoffspeichern zu erarbeiten.

6. Kreislaufwirtschaftsstrategie grundlegend überarbeiten

Die Kreislaufwirtschaftsstrategie des Bundes setzt Zielgrößen und Recyclingquoten fest, die weder wissenschaftlich hergeleitet sind noch den wirtschaftlichen Realitäten entsprechen.

Die nächste Bundesregierung muss auch auf die betroffenen Akteure aus der Wirtschaft zugehen und mit ihnen gemeinsam an einer Neuauflage der Kreislaufwirtschaftsstrategie arbeiten.

Hierfür gilt es:

- Zielgrößen für das Recycling bestimmter Stoffe zu erarbeiten und realistische Kreislaufwirtschaftsquoten unter Einbeziehung der Expertise in der Wirtschaft festzulegen. Diese Zielstellungen müssen wissenschaftlich hergeleitet werden.
- Die Kreislaufwirtschaftsstrategie mit einer neuen Rohstoffstrategie sinnvoll zu verzahnen.

7. Ernährungssicherung Priorität einräumen

Die Ernährungssicherung unseres Landes basiert vor allem auf einer starken und unabhängigen Landwirtschaft. Die strategische und geopolitische Bedeutung der Ernährungssicherheit wird bisher politisch nicht ausreichend anerkannt.

Die nächste Bundesregierung sollte der Absicherung der Ernährungssicherheit eine höhere Priorität einräumen.

Hierfür gilt es:

- Die Ernährungssicherung im Grundgesetz zu verankern.
- Die heimische Erzeugung von landwirtschaftlichen Vorprodukten politisch zu priorisieren und zu unterstützen.